

Streitfall G8

In Westdeutschland häufen sich Klagen über das achtjährige „Turbo“-Gymnasium, genannt „G8“. Gerade in bürgerlichen Schichten beginnt sich – parteiübergreifend – Widerstand zu erheben. Eltern, Lehrer und Schüler protestieren gegen die in den Nachmittag hinein ausgedehnten Unterrichtszeiten, gegen mangelnde Verpflegung in der Schule, Berge von Hausaufgaben, „Kinderarbeit“ bis in die Abendstunden und Unterricht als bloßes Lernen für den nächsten Test.

Wie kam es zur Einführung von G8? Eine öffentliche Diskussion um die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre fand nicht wirklich statt. Zu hören war zu Beginn der 90er Jahre allerdings immer öfter ein Ruf nach Beschleunigung der Schulausbildung. So fragte auch Roman Herzog in seiner Berliner „Ruck“-Rede am 26. April 1997: „Wie kommt es, daß die leistungsfähigsten Nationen in der Welt es schaffen, ihre Kinder die Schule mit 17 und die Hochschule mit 24 abschließen zu lassen?“ Die Tendenz zur Schulzeitverkürzung wurde verstärkt durch den innereuropäischen Anpassungsdruck von oben; Bürokratien beschäftigen sich offensichtlich gern mit Angleichungsprozessen. Und schließlich gab es das wirtschaftliche Argument: G8 enthält Sparpotentiale.

In den neuen Bundesländern kannte man aus DDR-Zeiten das Abitur nach zwölf Schuljahren. Sachsen und Thüringen blieben auch nach der Wende dabei. Um eine wechselseitige Anerkennung der Schulabschlüsse zu ermöglichen, erfand die Kultusministerkonferenz die 265-Stunden-Regelung. Sie besagt, daß unabhängig von der Zahl der gymnasialen Schuljahre bis zum Abitur insgesamt mindestens 265 Wochenstunden (in der „Studentafel“ der Gymnasiumsjahre) unterrichtet werden müssen. Im Westen aber wurden – im Unterschied zum Osten – aufgrund der schulischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte mehr als 265 Wochenstunden bis zum Abitur unterrichtet. Beim Übergang auf G8 müßten also nicht nur Unterrichtsstoff, sondern auch Unterrichtsstunden im Stundenplan gekürzt werden. Um aber den Verteilungskampf zwischen den Fachbereichen, den Verlust von „Schulqualität“ und Entlassungen von Lehrern zu vermeiden, ersparten sich die Schulbehörden im Westen die Kürzung der Stundenpläne und verlagerten dafür die Stunden des wegfallenden Schuljahres in den Nachmittag. Die Folge: Im Westen werden auch in G8 – je nach Schule – mehr oder viel mehr als 265 Stunden unterrichtet.

Aus der Perspektive der Schule fällt auf: Es gibt keinen einzigen genuin pädagogischen und lehrplanbedingten Grund, der zu G8 geführt hat. Auch für die von den Autoren der PISA-Studien geforderten Anstrengungen für mehr Unterrichtsqualität und Bildungsgerechtigkeit gibt ein G8 nicht viel her. Denn Unterricht wird

nicht dadurch besser, daß ein Schuljahr weggekürzt und dafür die Tagesunterrichtszeit verlängert wird. Und G8 verschärft die schon bestehenden Ungerechtigkeiten, da die Schülerinnen und Schüler immer mehr auf das häusliche Lernen am späten Nachmittag und Abend angewiesen sind, um das Pensum zu schaffen. Kinder aus Elternhäusern, die die Bildungsvoraussetzungen oder die finanziellen Mittel für Nachhilfeunterricht ihrer Kinder haben, sind klar im Vorteil.

Was die Schulen zusätzlich belastet, ist die Tatsache, daß sie die Umstellung auf G8 zeitgleich mit einem Schwall von anderen, zum Teil sehr tiefgreifenden Reformen trifft, die der schulpolitische Aktionismus nach PISA ausgelöst hat: zentrale schriftliche Prüfungen und mündliche Examina zum Abschluß der zehnten Klasse, eine zweite mündliche Abiturprüfung („Fünfte Prüfungskomponente“), Zentralabitur, individuelle Förderpläne, Schulevaluation, Programme zum Schulprofil, neue Bildungsstandards und vieles andere mehr. Jede dieser Maßnahmen mag eine sinnvolle Reform sein, aber alle zusammengenommen stellen eine motivationszerstörende Überforderung der Schule dar. Nimmt man noch die sukzessive Erhöhung der Lehrerarbeitszeit in den letzten Jahren hinzu, dann ist es nicht verwunderlich, wenn in dieser Situation immer mehr Lehrerinnen und Lehrer von einem „inneren Abschied“ von ihrem Beruf sprechen, Ausschreibungen neuer Schulleitungsstellen unbeantwortet bleiben, erzieherische Arbeit an den Schulen abnimmt und der Druck beim schwächsten Glied in der Kette ankommt: bei den Schülern.

Was ist zu tun? Für eine Rückkehr zu G9 ist es vermutlich zu spät. Stattdessen müßte jetzt schleunigst und massiv in die Schulen investiert werden. Die Forderung nach Ganztagschulen ist billig, so lange den Schulen nicht entsprechende Mittel und Personal an die Hand gegeben werden. Um gewachsene nachmittägliche Lern- und Lebenskulturen (Gruppenstunden von Jugendverbänden, Arbeitsgemeinschaften, Instrumentalunterricht usw.) nicht zu zerstören, müssen offene Konzepte für den Nachmittag entwickelt werden. Den Schulleitungen, Lehrern und Lehrerinnen ist Entlastung zu geben, um die neuen organisatorischen Arbeiten und pädagogischen Pflichten zu bewältigen. Die Stundentafeln bedürfen einer Überarbeitung, nicht nur im Hinblick auf „Entrümpelung“, sondern auch auf neue Akzente und frühere Wahl- und Abwahlmöglichkeiten. Außerunterrichtliche Aktivitäten müssen zur Disposition gestellt werden. Die ästhetischen und sozialen Kompetenzen könnten als Querschnittsaufgaben in allen Fächern neu gestärkt werden. Da schließlich G8 keine abgespeckte Version von G9, sondern eine andere Schule sein muß, wird sich der Umbau wohl nicht realisieren lassen ohne eine Veränderung im Kerngeschäft, nämlich beim Unterricht – mit einer neuen Zeitstruktur (z.B. Wechsel von 45-Minuten-Stunden auf Doppelstunden), mit gezielter Lernförderung am Nachmittag und insgesamt geändertem Selbstverständnis der Lehrerinnen und Lehrer.

Klaus Mertes SJ